

Ein Spiegel der Unbeliebtheit

Warum die Opposition in Japan bei den Parlamentswahlen als Favoritin ins Rennen geht

Über fünf Jahrzehnte hält sich die Regierungspartei Japans an der Macht. Das könnte sich nun ändern. Die Opposition verspricht, das Wohl der Menschen höher zu gewichten als jenes grosser Unternehmen – und präsentiert Vorschläge.

ANGELA KÖHLER, TOKIO

Japan erlebt einen dramatischen und schweisstreibenden Wahlkampf, der in der feuchten Sommerhitze bei «gefühlten» Temperaturen über 40 Grad tobt – und eine Spannung, die erstmals seit Jahren der politischen Stagnation knapp 130 Millionen Japaner elektrisiert.

Es ist schwer zu sagen, was beim Urnengang am 30. August überwiegen wird: die Vorfreude auf einen möglichen Wechsel oder die Scheu, Vertrautes aus mehr als fünf Jahrzehnten, in welchen die Liberal-Demokratische Partei (LDP) tonangebend war, gegen Unbekanntes einzutauschen. Regierungschef Taro Aso hat die Entscheidung selbst gesucht, als er im Juli das Unterhaus auflöste und Neuwahlen anordnete. Mit dieser Flucht nach vorn geht er das Risiko ein, zum politischen Hasardeur zu werden, denn jüngste Umfragen deuten klar darauf hin, dass das Machtmonopol seiner erzkonservativen LDP am Ende ist.

«Bedauernswerter Zustand»

Die zweitgrösste Volkswirtschaft der Welt scheint bereit für einen historischen Wandel. Der oppositionellen Demokratischen Partei Japans (DPJ) wollen über 34 Prozent der Befragten ihre Stimme geben, während sich nur knapp 17 Prozent zu den regierenden Liberal-Demokraten bekennen. Die DPJ, die seit 2007 im Oberhaus schon die stärkste Kraft ist und im Juli schon die richtungsweisende Kommunalwahl in Tokio haushoch gewann, liegt so klar vorn in der Wählergunst wie noch nie. Die Wetten laufen dar-



Auf den Postern, die Japans Regierungschef Taro Aso zeigen, steht bereits «gone»: Gegangen.

DAI KUROKAWA/KEYSTONE

auf aus, dass DPJ-Chef Yukio Hatoyama seinen Rivalen Taro Aso schlägt und nächster Ministerpräsident Japans wird.

«Die Popularität der Demokraten ist vor allem ein Spiegel der Unbeliebtheit der Liberal-Demokraten», sagt Politikwissenschaftler Jun Iio von der Tokio-Universität. Interne Flügelkämpfe haben das Vertrauen in die «Profis der Macht» zusätzlich erschüttert. «Die lange ebenfalls sehr zerstrittene Opposition dagegen konnte sich dagegen zunehmend vereinen», sagt der Experte.

Dabei geht es Japan so schlecht wie nicht mehr seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. «Das einst stolze Land befindet sich in einem bedauernswerten Zustand», konstatiert selbst Spitzenkandidat Hatoyama. Die Menschen hätten

Angst vor der Zukunft. Deshalb werde seine Regierung, sollte er die Wahlen gewinnen und eine Koalition bilden können, eine neue «Politik mit warmem Herzen» betreiben. «Wir wollen Bedürftigen erste Hilfe gewähren», versprechen die Demokraten. Das sei eine klare Abkehr von der LDP-Linie, die dem Wohl grosser Unternehmen Priorität einräumte.

Monatlich sinkt das Einkommen

Dieser Paradigmenwechsel tut der Befindlichkeit der Volksseele gut. Obwohl sich Japans Wirtschaft langsam aus der Krise erholt, fürchten viele, dass sich ihre soziale Lage weiter verschlechtert. Schon heute ist ein Drittel aller Arbeitnehmer zeitlich befristet angestellt. Monat für Monat gehen die Einkom-

men dramatisch zurück, immer mehr Paare versagen sich den Kinderwunsch, weil sie sich Nachwuchs nicht leisten können. Millionen Rentner kommen mit ihren Pensionen schon lange nicht mehr aus, müssen sich mit Kleinstjobs über Wasser halten.

Das Programm der DPJ stellt erstmals Familien sowie strukturschwache Sektoren wie Landwirtschaft und Fischerei in den Mittelpunkt. Die Demokraten versprechen den international nicht konkurrenzfähigen Bauern und Fischern einen Einkommensausgleich, wollen Kindergeld zahlen, das Schulgeld reduzieren und die hohen Autobahngebühren abschaffen. Zur Finanzierung dieser sozialen Wohltaten wollen sie «die bisherige Ausgabenverschwen-

dung beenden», erklärt DPJ-Präsident Yukio Hatoyama.

Mit Umweltschutz punkten

Auch international will sich eine DPJ-Regierung stärker anpassen, so beispielsweise beim Umweltschutz. Bis 2020 sollen die CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um 25 Prozent gesenkt werden. Dieses Ziel ist weitaus ambitionierter als die vom jetzigen Regierungschef anvisierte Reduktion um 8 Prozent.

Aussenpolitisch hält die DPJ jedoch prinzipiell am Kurs der Regierung fest. Dabei genießt vor allem das Verhältnis zu den USA einen hohen Stellenwert. Gleichzeitig sollen die Beziehungen zu den asiatischen Nachbarn China und der Südkorea gefestigt werden.

Kurz

Affront für Ahmadinejad

IRAN Der Oberste Richter Irans, Sadek Laridschani, hat den entlassenen Geheimdienstminister Gholam Mohseni Edschehi zum Generalstaatsanwalt ernannt. Die Wahl Edschehis wird von Beobachtern als Teil des Machtkampfs innerhalb des ultrakonservativen Lagers und als Affront für Präsident Ahmadinejad gesehen. Richter Laridschani und sein Bruder, Parlamentspräsident Ali Laridschani, sind in letzter Zeit zunehmend als Rivalen Ahmadinejads hervorgetreten. (ap)

Kim Jong Il will Lee treffen

NORDKOREA Der nordkoreanische Staatschef Kim Jong Il will gemäss nordkoreanischen Medienberichten zu einem Gipfeltreffen mit dem südkoreanischen Präsidenten Lee Myung Bak zusammenkommen. Lee soll geantwortet haben, er sei für ein Treffen offen, falls dabei auch das nordkoreanische Atomprogramm zur Sprache komme. (ap)

Fidel Castro tritt fidel auf

HAVANNA Kubas Revolutionsführer Fidel Castro ist am Sonntag erstmals seit 14 Monaten wieder der Öffentlichkeit vorgeführt worden. Das staatliche Fernsehen zeigte Castro gesund und wohlgelaunt im Gespräch mit venezolanischen Studenten. Fidel Castro hatte sich 2006 einer Operation unterziehen müssen und danach nach eigenen Worten mit dem Tode gerungen. Seit einiger Zeit scheint er sich aber weitgehend erholt zu haben. (sda)

Technologischer Rückstand

MOSKAU Der russische Präsident Dmitri Medwedew hat nach dem schweren Kraftwerksunglück in Sibirien einen grossen Modernisierungsbedarf der russischen Infrastruktur eingeräumt. Zugleich wies er gestern «apokalyptische Kommentare» zurück, dass das Unglück mit 69 Toten «ein technologisches Ende Russlands, ein Tschernobyl des 21. Jahrhunderts» sei. «Die Wahrheit ist jedoch, dass unser Land technologisch sehr weit zurück ist», sagte Medwedew. «Wenn wir diese Herausforderung nicht meistern, könnten diese Bedrohungen Wirklichkeit werden. Wir haben aber alles, was nötig ist, um diese Kluft zu überbrücken.» (ap)

Ansturm reumütiger Täter

In Kolumbien verspricht ein Gesetz geständigen Paramilitärs eine reduzierte Strafe

Paramilitärs und Guerilleros, die Morde gestehen, drohen nicht mehr als acht Jahre Gefängnis. Das Gesetz soll der Aufklärung von Verbrechen dienen. Das Problem: Die Geständigen bleiben oft auf freiem Fuss.

MATTHIAS KNECHT, BOGOTA

Vor der Staatsanwaltschaft und Angehörigen legte «Piraten-Jorge» sein schauerliches Geständnis ab. 36 Morde räumte der frühere Paramilitär ein, der mit bürgerlichem Namen Manuel de Jesus Piraban heisst. Er denunzierte 250 seiner früheren Vorgesetzten und verriet, wo Massengräber zu finden seien.

Es ist nur eines von 1867 Geständnissen, die in Kolumbien in den vergangenen Jahren für Schlagzeilen sorgten. Dabei sind mehr als 22000 Morde aus dem kolumbianischen Bürgerkrieg ans Licht gekommen. Es wurden die sterblichen Überreste von mehr als 2000 Menschen gefunden. Diese Zahlen nannte der Ende Juli aus dem Amt ausgeschiedene Generalstaatsanwalt Mario Iguaran im Gespräch mit dem «Bund».

Möglich wurde diese Aufklärungswelle dank dem vor vier Jahren in Kraft getretenen Gesetz «Gerechtigkeit und Frieden». Es garantiert

demobilisierten Kämpfern der illegalen bewaffneten Gruppen eine reduzierte Strafe von acht Jahren Gefängnis. Voraussetzungen sind ein lückenloses Geständnis und die Entschädigung der Opfer. Profitieren vom Gesetz können sowohl die einst von Grossgrundbesitzern gegründeten, ultrarechten paramilitärischen Milizen als auch die seit 45 Jahren bestehenden marxistisch inspirierten Guerilleros.

«Das Gesetz ist ein aussergewöhnliches Instrument, um Versöhnung und Frieden zu erreichen», erklärt der ehemalige Generalstaatsanwalt und fügt hinzu, dass ihn der Ansturm reumütiger Täter überrascht habe. «Es sind Verbrechen ans Licht gekommen, von denen wir keine Ahnung hatten.»

3300 Geständige

Einer der Erfolge des Gesetzes ist auch die Aufdeckung der engen Verbindungen zwischen Politik und Paramilitärs, in Kolumbien als «Parapolitik» bekannt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen mehr als 100 ehemalige und amtierende Parlamentarier sowie weitere Politiker – die meisten von ihnen stammen aus den Reihen von Staatspräsident Alvaro Uribe. Ausgelöst haben die Ermittlungen die Geständnisse bussfertiger Paramilitärs.

Enttäuschend ist hingegen die nach wie vor grosse Straflosigkeit. Etwa 3000 Paramilitärs und 300

Guerillakämpfer stellten sich bisher unter Berufung auf das Gesetz der Justiz. Doch diese ermittelt erst gegen 600 Geständige, von denen wiederum erst einer verurteilt wurde. Vernichtend urteilt Gustavo Gallon, Direktor der kolumbianischen Juristenkommission. «Dieses Gesetz schafft Ungerechtigkeit und ignoriert die Rechte der Opfer. Das ist kein Friedensprozess und auch kein Prozess der Gerechtigkeit», sagt er. Er verweist auf Tausende Paramilitärs, denen der Präsident schon zuvor eine bedingungslose Amnestie gewährt hat und über deren Verbleib es nur Vermutungen gibt. «Das Phänomen der Paramilitärs existiert weiterhin. Sie agieren weiter, als sei nichts geschehen», sagt Gallon. Laut dem Juristen waren beim Amtsantritt Uribes im Jahr 2002 etwa 12000 Paramilitärs aktiv. Gegenwärtig seien es 10000.

Doppeltes Spiel des Präsidenten

Torpediert hat die Aufklärung nicht zuletzt der kolumbianische Präsident selbst. Vergangenes Jahr liess er geständige Paramilitärs der obersten Führungsebene an die USA ausliefern. Dort wird ihnen Drogenhandel vorgeworfen. Damit entzog Uribe sie der kolumbianischen Justiz. Kritiker des Präsidenten vermuten, dass die überraschend bei Nacht und Nebel ausgelieferten dabei waren, weitere Details der Parapolitik zu enthüllen,

die den Präsidenten selbst belasten könnten. Ermittlungen in diese Richtung laufen bisher zwar gegen enge Vertraute Uribes, nicht aber gegen den Präsidenten selbst.

Vom Frieden weit entfernt

Seit den Auslieferungen wenden sich viele zuvor demobilisierte Paramilitärs enttäuscht von der Teil-Amnestie ab und greifen wieder zu den Waffen. So bleibt Kolumbien vom Frieden weit entfernt, mit dramatischen Folgen für die Zivilbevölkerung. Im vergangenen Jahr wurden 380000 Menschen gewaltsam von ihrem Land und aus ihren Häusern vertrieben, 24 Prozent mehr als im Jahr zuvor, wie die Menschenrechtsorganisation Amnesty International letzten Monat beklagte. Verantwortlich dafür seien neben den Paramilitärs auch staatliche Sicherheitskräfte und die Guerilla. Letztere folgt der Teil-Amnestie bisher nur zögernd.

Zumindest im Fall von «Piraten-Jorge» brachte die Teil-Amnestie ein versöhnliches Ergebnis. Der Ex-Paramilitär übergab seine widerrechtlich angeeignete, über 1800 Hektar umfassende Finca den früheren Eigentümern – eine Premiere im besonders umkämpften Departement El Meta. Doch noch warten in Kolumbien Angehörige von 22000 Ermordeten und Eigentümer von mindestens vier Millionen Hektar Land auf Wiedergutmachung.



Wertstück USM Möbelbausysteme schaffen Einzelstücke mit bleibendem Wert.

Fragen Sie nach detaillierten Unterlagen im autorisierten Fachhandel.

daskonzept ag Bernstrasse 16, 3000 Thun
Telefon 033 225 55 75, www.daskonzept.ch

Too Jakob AG Gerechtigkeitsgasse 25, 3011 Bern
Telefon 031 327 57 00, www.toojakob.ch

Erich Dardel AG Hauptstrasse 58, 2560 Nidau bei Biel/Bienne
Telefon 032 332 80 50, www.eichdardel.ch

raum design bienne sa Solchurnstrasse 154, 2504 Biel/Bienne
Telefon 032 323 33 83, www.raum-design.ch

USM
Möbelbausysteme

ANZEIGE